

Bankenbeben durch alte und neue Risiken: Die drohende Finanzmarktkrise 2.0 verhindern!

Kurzfassung unter dem Titel „**Von der Silicon Valley Bank zur Credit Suisse:
Finanzmarktkrise 2.0?**“; in: Blättern für deutsche und internationale Politik 5/2023

Fünfzehn Jahre nach der Finanzmarktkrise, die im September 2008 mit dem Absturz der Investmentbank Lehman Brothers ausgelöst wurde und die Weltwirtschaft in den Beinahe-Absturz zwang, drohen erneut Turbulenzen im Kasinokapitalismus. Es sind zwar bisher nur einige wenige Banken, die staatlich gerettet werden mussten. Die durchaus unterschiedlichen Ursachen lassen den Schluss zu: Die Finanzmärkte mit den Banken im Mittelpunkt lösen immer wieder die das Gesamtsystem bedrohende Krisen aus. Derzeit reicht der Absturz von einigen wenigen Banken aus, um in Windeseile Misstrauen und Angst zu verbreiten und so eine zweite Finanzmarktkrise mit realer Sprengkraft auszulösen. Gerüchte treiben die Spekulationen per Herdentrieb in Richtung Absturz. Im Mittelpunkt steht der hektische Abzug der Einlagen von den kritisch bewerteten Banken. Dieses mangelnde Misstrauen mit hohem Ansteckungspotenzial überrascht im ersten Moment. Schließlich sind doch aus der Finanzmarktkrise 2008/2009 etliche Lehren zur Regulierung der Finanzmärkte gezogen worden.¹ Seitdem steht das Ziel im Mittelpunkt, die profitwirtschaftlichen Spekulationsgeschäfte, die immer wieder zu Vertrauenskrisen führen, massiv einzuschränken. Dazu gehört die Idee, das Investmentbanking mit eigens erfundenen, extrem riskanten Finanzmarktprodukten gegenüber dem normalen, dienenden Kundengeschäft abzuschotten. Gestärkt werden sollen die dienenden Aufgaben der Banken. Im Mittelpunkt stehen die Kreditvergabe, das Angebot an Einlagengeschäften, die Abwicklung internationaler Geschäfte sowie das Vermögensmanagement. Für die Banken gilt das weltweite Regelsystem Basel III zur Absicherung riskanter Geschäfte durch eine ausreichende Verfügbarkeit von Eigenkapital zur Bewältigung möglicher Verluste. Diesem Ziel dienen die verschiedenen Eigenkapitalquoten, die vor allem nach dem Risiko der Kreditgeschäfte differenziert werden. Reguliert wird auch eine Obergrenze des mit dem Eigenkapital maximal zulässigen Geschäftsvolumens und damit der Verschuldung bezogen auf die Bilanzsumme („Leverage Ratio“). All diese Regulierungen, die auch durch eine leistungsfähige Bankenaufsicht kontrolliert werden sollen, dienen dem Ziel, die Anhäufung von Risiken und das damit verbundene Geschäftsvolumen zu beschränken. Dies gilt vor allem bei den Banken mit

¹ Rudolf Hickel, Zerschlagt die Banken - Zivilisiert die Finanzmärkte; Berlin, 3. Auflage 2012

Systemrelevanz. Für diese gilt, dass im Falle eines Absturzes einem Dominoeffekt vergleichbar andere Banken und schließlich die Produktionswirtschaft über verweigerte Kredite, aber auch die privaten Haushalte mit in den Abgrund gerissen werden. Bezogen auf die öffentlich zu finanzierenden Kosten einer Rettung der Bank gibt es diese gewollte Begrenzung: Sie darf nicht so groß sein, dass für sie „too big to fail“ gilt!

Alte und neue Risiken der Finanzmärkte

Auf dem Hintergrund der seit 2008/2009 weltweit eingeleiteten Regulierungen und der verschärften Bankenaufsicht stellt sich die Frage, wie die aktuell drohenden Turbulenzen des Bankensystems zu erklären sind.² Schließlich stehen anstatt der 2008 zusammengebrochenen US-Investmentbank Lehman Brothers zwei völlig anders aufgestellte Bankentypen im Mittelpunkt. In den USA erschütterte zusammen mit der „New Yorker Signature Bank“ das zuvor ziemlich unbekannte, regionale Spezialinstitut, die „Silicon Valley Bank“, die Finanzmärkte. Dagegen handelt es sich bei der am Ende zur Zwangsehe mit der UBS gezwungenen Credit Suisse um die zweitgrößte Universalbank der Schweiz. Sie zählte zu den weltweit gelisteten dreißig systemrelevanten Banken. Sicherlich hat es auch in den letzten Jahren immer wieder Bankenschließungen gegeben. Von diesen Abstürzen ging jedoch generell keine Gefährdung für das Gesamtsystem der Finanzmärkte aus.³

Unter dem Eindruck der die Finanzmärkte erschütternden Abstürze stellt sich die Frage nach den allgemeinen und speziellen Ursachen. Ist die weit verbreitete Sorge einer Wiederholung von 2008/2009, also die „Finanzmarktkrise 2.0“, berechtigt? Heute zeigt sich ein fundamentaler Unterschied. Die die Welt erschütternde Finanzmarktkrise vor fünfzehn Jahren war die Folge eines besonders aggressiven Spekulationsinstruments im Kasinokapitalismus: Forderungen vor allem aus Hypothekenkrediten in den USA wurden zu sog. Wertpapieren verpackt und über das Finanzsystem weltweit verkauft. Der Trick bestand darin, dass die mit minderwertiger Bonität ausgestatteten Kreditnehmer durch die Mehrfachverpackung nicht mehr erkennbar waren. Die Ratingagenturen, die

² Eine kritische Bilanzierung der Erfahrungen mit der Regulierungspolitik in den ersten zehn Jahren nach der Finanzmarktkrise 2008/2009 präsentieren: Axel Troost und Rainald Ötsch: Chance vertan – Zehn Jahre Finanzkrise und Regulierung der Finanzmärkte – Eine Bilanz. RLS-Analysen August 2018

³ Spektakulär war der Absturz der Greensill Bank mit Sitz in Bremen im März 2021. Diese Bank hatte übrigens für die Credit Suisse auch dubiose Kredite auf der Basis ihrer Lieferkettenfinanzierung in Investitionsfonds verpackt. Diese der Credit Suisse zur Verfügung gestellten Fonds haben dort zu Verlusten geführt. Es gibt Anzeichen, dass die deutsche Finanzaufsicht (BaFin) frühe Warnungen vor strittigen Geschäften dieser Bank nicht ernstgenommen hat. Die Abwicklung der Insolvenz ist derzeit voll im Gange.

dieses Informationsdefizit reduzieren sollten, haben dann durch viel zu gute Noten desinformiert. Dafür sorgte auch die Bezahlung der Rechnung für das Rating durch diejenigen, die kontrolliert werden sollen. So konnten die Investmentbanken das Weltfinanzsystem mit hochspekulativen, toxischen

Subprime-Papieren vergiften. Was über Jahre zuvor durch eine massive Politik der Deregulierung möglich gemacht wurde, entlud sich am Ende signalhaft im Absturz der US-Investmentbank Lehman Brothers. Diese in den Abteilungen des Investmentbankings auch mit künstlicher Intelligenz erzeugten Finanzmarktprodukte auf der Basis mehrfach verpackter, vor allem fragwürdiger Kredite wurden weltweit bis in die Provinz hinein verkauft.

Nach der großen Finanzmarktkrise gab es zwar in den letzten Jahren immer wieder Zwischenfälle mit toxischen Wertpapieren auf der Basis verpackter Forderungen. Die für das gesamte Bankensystem jedoch gute Nachricht lautet: Die jüngsten Finanzmarkturbulenzen haben mit dem toxischen Sprengsatz der Subprime-Krise 2008/2009 kaum etwas zu tun. In diesem Sinne droht keine Wiederholung in Richtung Finanzmarktkrise 2.0. Aus den beiden Krisenbanken Silicon Valley Bank in Kalifornien und Credit Suisse lassen sich dagegen die folgenden Ursachen der jüngsten Turbulenzen verallgemeinern: mangelnde Einhaltung der zum Teil auch politisch wieder abgeschwächten staatlichen Regulierungen, eine unzureichende Aufsicht der Banken sowie neue Risiken durch die Nutzung digitaler Massenmedien und neuerdings auch eine Geldpolitik, die mit dem Vorrang für Zinserhöhungen gegen die Inflation die Bankenbilanzen belastet.

Silicon Valley Bank: Nicht nur Opfer der Trumpschen Regulierungs-Demontage

Die politischen Rahmenbedingungen und das kopflastige Geschäftsmodell dieser Regionalbank für Startups in Kalifornien sind für deren Absturz verantwortlich. Die Kunden der SVB sind vor allem die vielen innovativen Startups in der Silicon Valley Region. Einerseits nutzen sie das von Tech-Investmentfonds angebotene Wagniskapital zur Geschäftsfinanzierung. Hier war auch Peter Thiel mit seinem „Founders Fund“ aktiv. Andererseits zwingen die Kapitalgeber die Startups, die SVB für ihre Kreditgeschäfte und ihre Einlagen zu nutzen. Da sie dadurch ihre Finanzierung nicht diversifiziert haben, sind sie in die komplette Abhängigkeit der SVB geraten. Die Folge ist ein Klumpenrisiko in der Bilanz der Bank. Auf der Seite der Aktivgeschäfte der Bank ist ein weiteres Risiko zum Verhängnis geworden. Neben den Forderungen aus vergebenen Krediten werden im Portfolio Wertpapiere und hier insbesondere Staatsanleihen wegen deren Kursverluste bei der Liquiditätsbeschaffung zum Verhängnis.

Die Bank ist durch drei, bisher in diesem Ausmaß nicht bekannte Krisentreiber in den Ruin getrieben worden.

* Gerüchte und gezielte Fake News über anfangs kleinste Liquiditätsprobleme haben erstmals in dieser Aggressivität über die digitalen Messengerdienste eine sich schnell steigende Misstrauenswelle ausgelöst und im Herdentrieb zum Abzug von Einlagen geführt. Beispielsweise trieb der kalifornische Internetunternehmer und Blogger Investor Jason Calacanis mit Horrormeldungen auf Twitter den Run auf die Einlagen bei der SVB an.

* Bei der Beschaffung von notwendiger Liquidität wegen des Abzugs von Einlagen stieß die SVB schnell an geldpolitisch erzeugte Grenzen. Da die Kurswerte der Staatsanleihen im Portfolio der Bank infolge der steigenden Leitzinsen der US-Notenbank sanken, haben sich bei deren Verkauf große Verluste eingestellt.

* Nach dem Run auf die Einlagen zeigte sich, dass infolge der Deregulierung des Bankensystems in den USA durch Donald Trump mit seinem Dekret von Anfang Februar 2017 nur ca. 4% der Einlagen staatlich gesichert waren. Das hat den Run auf die Einlagen beschleunigt. Die US-Notenbank hat dieses Defizit schnell als Risiko für das gesamte Finanzsystem erkennen müssen. Es ging darum, Regionalbanken als ein lebensnotwendiges Fundament des US-Mittelstandes nicht dem freien Fall zu überlassen. Über das „Term Funding Programm (BETP)“ der US-Fed sind allein in einer Woche 12 Mrd. US \$ zur Deckung der Regulierungslücke auf der Seite der Einlagensicherung abgeflossen.

Wie gesagt, eine wesentliche Ursache für den Absturz der SVB ist die durch die Bankenlobby angetriebene und von Donald Trump umgesetzte Teil-Demontage der Regulierungen der Obama-Administration. Trump hat schon im Wahlkampf diesen „Dodd-Frank Act“, mit dem die Lehren aus der Finanzmarktkrise 2008/09 gezogen wurden, als ein „desaströses Regulierungsungeheuer“ diffamiert. Per Dekret wurde die Bilanzsumme, ab der das gesamte Dodd-Frank-Regulierungswerk gilt, von 50 Mrd. € auf 250 Mrd. € angehoben. Die Folge war der Verzicht auf eine ausreichende Sicherung der Einlagen von Kunden. Im Fall der SVB kamen auch noch Versäumnisse der USA-Finanzaufsichtsbehörde dazu. Auf die rechtlich mögliche Durchführung von Stresstests bei Banken mit einer Bilanzsumme zwischen 100 und 250 Mrd. US\$ hat die Bankenaufsichtsbehörde gegenüber der SVB verzichtet.

Weltweite Ansteckungsgefahr durch die US-Nischenbanken:

Das Beispiel Pensionsfonds in Schweden

Der durch den Run ausgelöste Kollaps dieser regionalwirtschaftlich wichtigen US-Nischenbanken hat auch Folgen für diejenigen, die per Aktien an diesen beteiligt sind. Dazu gehört der schwedische Pensionsfonds ALECTA mit einem Gesamtvolumen von ungefähr 120 Mrd. € für 2,6 Millionen Privatkunden und 3500 Unternehmen. Beim Verkauf der Aktien dieser abstürzenden US-Banken wurden hohe Verluste erzeugt. Von den insgesamt 1,7 Mrd. € an Verlusten gehen allein 780 Mio. € auf den Verkauf der Aktien der Silicon Valley Bank zurück. Wegen des Wechsels von einer zuvor vorsichtigen Anlagepolitik zur sehr unkonventionellen Investitionsstrategie wurde dem ALECTA- Chef gekündigt.

Das Beispiel lehrt: In diesen Beteiligungen an den Krisenbanken schlummert eine internationale wirkungsvolle Ansteckungsgefahr, die am Ende die US-Bankenkrise in die Investmentfonds anderer Länder transportiert.

Die entscheidenden Gründe für das Ende der SVB, deren Reste von der First Citizens Bank übernommen wurden, geben Hinweise auf notwendige Maßnahmen zum Ausbau der Regulierung des Bankensystems auch in Deutschland. Zum einen geht es um die strengere Regulierung des systemisch krisenanfälligen Bankensystems samt einer kontroll- und interventionsfähigen Aufsicht durch den Staat. Zum anderen sind die Notenbanken gefordert, mit ihrer Geldpolitik die Finanzmarktstabilität zu stärken. Auch die Europäische Zentralbank muss sich dem Zielkonflikt zwischen steigenden Leitzinsen zur Bekämpfung der Inflation gegenüber den damit erzeugten Kursverlusten für Wertpapiere in den Bilanzen der Banken stellen. Geldpolitik darf nicht dazu führen, dass bei den Banken hohe Verluste bei der Besorgung von Liquidität erzeugt werden. Allein im Jahr 2022 summierten sich nach Angabe des Deutschen Giro- und Sparkassenpräsidenten die Verluste der Sparkassen in Deutschland über sinkende Kurse für Staatsanleihen infolge der Zinswende auf knapp 8 Mrd. €.⁴

Großbank Credit Suisse: Absturz auch mit kriminellen Geschäften

Von der Größe und dem Geschäftsmodell her ist der Unterschied zwischen der Silicon Valley Bank und der in der Schweiz abgestürzten Credit Suisse riesig. Bei den vielen Unterschieden gibt es jedoch auch Gemeinsamkeiten. Beiden Banken einen die unzureichenden Regulierungen zur Begrenzung der Geschäftsrisiken und der Einlagensicherung. Hinzu kommen bei beiden Banken Defizite der Bankenaufsicht. Insgesamt überrascht bei den unterschiedlichen Bankentypen allerdings ihr vergleichbares Potenzial, durch eine Funktionsstörung flächendeckend Turbulenzen im Finanzsystem auszulösen. Hier zeigt sich, dass sich wohl auch in Folge der großen Finanzmarktkrise von 2008/2009 bei ersten Gerüchten das Misstrauen über die digitalen Messenger-Dienste einem Wirbelsturm vergleichbar schnell ausbreitet.

⁴ Gegenüber dieser Gesamtsumme sind die Sparkassen allerdings je nach Geschäftsmodell sehr unterschiedlich von den Kursverlusten betroffen. Sparkassen, die gegenüber ihren Einlagen entsprechend stark im Kreditgeschäft engagiert sind und damit über ein vergleichsweise geringes Volumen an Staatsanleihen verfügen, sind durch derartige Kursverluste infolge der Zinswende deutlich weniger belastet. Dies gilt vor allem für die Sparkassen in Norddeutschland

Zwischen den beiden Krisenbanken gibt es jedoch auch einen fundamentalen Unterschied. Die 167 Jahre alte Credit Suisse hat im Gegensatz zur sauberen Geschäftspraxis der SVB kaum mehr für möglich gehaltene Geschäfte im Umfeld profitwirtschaftlich ausgenutzter Wirtschaftskriminalität getätigt. Deren Sündenregister ist lang: Geldwäschegegeschäfte wurden unterstützt. Kriminelle, Spione, korrupte Politiker und Personen aus dem Staatsapparat sowie vor allem Akteure im Drogenhandel nutzten die Bank unter dem Schutz des Schweizer Bankgeheimnisses. Dazu gehören beispielsweise auch Finanzierungsprojekte, die von der Zerstörung der Regenwälder profitieren. Angesichts dieser Skandale hat selbst die FAZ mit der Überschrift „Spione, Lügen, Geldwäsche“ ihre sonst übliche Zurückhaltung aufgegeben. Dabei wirkten die Boni-Sonderzahlungen nicht nur auf der Vorstandsebene wie ein Brandbeschleuniger. Am Ende lehrt der Absturz der Credit Suisse wieder einmal, dass Bonizahlungen einer seriösen Geschäftspolitik immer wieder im Wege stehen. Arroganz und Machtgehe nach außen sowie autoritär-hierarchische Führungsstrukturen nach innen waren die Markenzeichen dieser systemrelevanten Universalbank mit der Abteilung krimineller Geschäfte. Leider hat sich die Bundesanwaltschaft erst unter dem Druck der erforderlichen Rettung entschlossen, die massive Kritik an der jahrelangen Geschäftspraxis „zu analysieren und zu identifizieren“. Erst als sich der weltweite Reputationsverlust zuspitzt hatte, wurde die Wiederherstellung „des sauberen Finanzplatzes Schweiz“ (so die Bundesanwaltschaft) zum eidgenössischen Staatsziel. Dabei muss allerdings auch die Rolle der schweizerischen Bankenaufsicht geklärt werden. Denn Jahrzehnte konnten die wirtschaftskriminellen Geschäfte unter dem Radar der 2007 gestarteten „Finanzaufsichtsbehörde“ (FINMA) durchgeführt werden. Die Rechtfertigung, die offiziellen Kennziffern hätten gestimmt, zeigt Schwächen durch die nicht in die Tiefe gehende Risikobewertung. Über die Kontrolle der unterschiedlichen Quoten zur Ausstattung mit Eigenkapital gegenüber den Risikogeschäften hinaus muss der Aufsicht zum Aufspüren der die Bank gefährdenden Geschäfte vor allem im Bereich der Wirtschaftskriminalität ein besserer Zugang zur Kontrolle verschafft werden. Schließlich lenkt die Credit Suisse-Krise den Blick auch auf die unzureichende Arbeit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Noch am 14. März dieses Jahres hat „PricewaterhouseCoopers (PwC)“ ein uneingeschränkt positives Testat zum Geschäftsbericht 2022 der Credit Suisse vorgelegt. Zwei Tage später musste die Schweizer Nationalbank eine Liquiditätshilfe von über 50 Mrd. CHF bereitstellen. Und drei Tage später, am 19. März, erfolgte der Zwangsverkauf der Credit Suisse an die UBS zum Billigpreis von 3 Mrd. CHF. Erinnerungen an frühere Fälle der untauglichen Informierung über die Unternehmen durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, wie jüngst durch EY (Ernst&Young)

bei Wirecard, kommen hoch. Auch sind die Fehlleistungen in der New Economy-Krise Anfang des Jahrtausends und während der Finanzmarktkrise 2008/2009 nicht vergessen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen auf ihrem hoch oligopolistischen Beratermarkt stärker reguliert und kontrolliert werden. Denn sie übernehmen allerdings auf profitwirtschaftlicher Basis die quasi-hoheitliche Aufgabe, die systematischen Informationsdefizite über die Bankengeschäfte gegenüber der Geschäftswelt abzubauen. Die bittere Lehre aus dem Fall der Credit Suisse lautet: Transparenz statt des Schwures auf das Bankgeheimnis ist für die Stabilität des gesamten Finanzplatzes Schweiz erforderlich.

Der neue Krisenverstärker: Digitale Messengerdienste

Auf dem Hintergrund des immer wieder auf den Finanzmärkten ausbrechenden Misstrauens gegenüber den Banken sowie den vielen, öffentlich kommunizierten Skandalen reichte ein kleiner Funke aus, die Credit Suisse in Brand zu setzen. Ausgelöst hat den Run auf die Bankeneinlagen der Vorsitzende des Aufsichtsrats, der die „Saudi National Bank (SNB)“ als größter Aktionär mit knapp 9% vertritt. Dabei war seine Aussage, kein frisches Kapital erneut zuzuführen, mit dem Hinweis auf regulatorische Vorbehalte auch noch plausibel begründet. Allein diese Kurzmeldung löste Gerüchte über den Absturz aus, getrieben durch digitale Messengerdienste. Innerhalb weniger Wochen wurden Einlagen von über 110 Mrd. CHF abgezogen. Diesen Aderlass hält keine Bank aus. Grenzübergreifend wurden auch andere Banken von dieser ausgelösten Misstrauenswelle erfasst. So hat die Deutsche Bank zumindest vorübergehend Kursverluste hinnehmen müssen. Die jetzt gefundene Rettung der Credit Suisse durch die Zwangsehe mit der UBS scheint erst einmal für Ruhe gesorgt zu haben. Aber diese Ruhe ist trügerisch. Jederzeit kann einem Vulkan vergleichbar das unterhalb der normalen Bankgeschäfte brodelnde Magma zu Eruptionen führen.

Monsterbank UBS durch Zwangsehe: „too big to save“?

Unter dem Druck des Vertrauensverlustes in den Züricher Finanzplatz musste schnell ein Rettungsprogramm zurechtgezimmert werden. Die gefundene Lösung lässt jedoch massiven Zweifel an der Lernfähigkeit nach der Finanzmarktkrise 2008/2009 aufkommen. Dieses Konstrukt steht im Widerspruch zu den Anforderungen an eine stabile, zukunftsfähige Universalbank, die nicht zum Dauerrisiko der Bankenwelt wird. Nach dem Motto, mach aus zwei Schweizer Systembanken eine, wird die marode Credit Suisse in die Architektur der UBS eingegliedert. Wie sich dieses viel zitierte Banken-Monster entwickeln wird, ist ungewiss. Wohl wegen der möglichen Risiken zahlt die zur Fusion gezwungene UBS für die Zwangsehe nur 3 Mrd. CHF. Zusätzlich garantiert die Regierung der Schweiz der UBS 9 Mrd. CHF und die Nationalbank (SNB) stellt ein Darlehen bis zu 100 Mrd. € zur Verfügung. Immerhin wird das Rettungsprogramm durch

eine Neuregelung der Bonizahlungen begleitet. Beim Management samt den zwei Führungsebenen der Credit Suisse sind diese Sonderzahlungen wegen der unübersehbaren Fehlleistungen gestrichen worden. Für die künftige UBS werden die Bonizahlungen leistungsbezogen an den Erfolg eines „risikobewussten Managements“ sowie an die „nicht Inanspruchnahme der Staatsgarantien“ geknüpft werden. Die Frage, wie diese Neuregelung ernsthaft gestaltet und schließlich kontrolliert wird, bleibt offen. Schließlich spielen viel zu wenig die Belastungen der Beschäftigten im Zuge der Rettungsaktion eine Rolle. Schätzungen gehen gegenüber den insgesamt 120 000 Arbeitsplätzen durch die aus der Not heraus vereinte UBS von einem Personalabbau in der Bandbreite von 25 000 bis 36 000 Jobs aus. Bisher liegen keine Sozialpläne für die Betroffenen unterhalb der Führungsebene vor.

Neuerdings Bail-out durch Banken

Erstmals seit der weltweiten Finanzmarktkrise 2008/2009 entsteht durch die Krise einer systemrelevanten Bank ein allerdings instabiles Bankenkonglomerat. Vergleichbar mit aktuellen Bankenrettungen in den USA – etwa die „Frist Republik Bank“ – wurde ein neues Bail-out erprobt. Nicht der Staat, sondern Banken retten Banken allerdings mit teuren staatlichen Unterstützungsprogrammen. Das neu geschaffene Geschäftsvolumen löst große Befürchtungen aus. Unmittelbar nach der Fusion wird die UBS mit der übernommenen Credit Suisse eine Bilanzsumme von über 1.569 Mrd. € (Deutsche Bank 1,337 Mrd. €) erreichen. Dieses Geschäftsvolumen ist gegenüber dem Bruttosozialprodukt der Schweiz 2022 mit 771,22 Mrd. CHF (774,38 Mrd. €) doppelt so hoch.

Was passiert, wenn die Verschmelzung wegen heute auch noch nicht absehbarer Risiken nicht gelingen sollte? Jedenfalls sind Alternativen wie die Schaffung einer neuen USB, die auf zwei selbständige Banken aufgeteilt wird, nicht ernsthaft geprüft worden. Bleibt es bei dem fragilen Koloss, dann wird der nach der Finanzmarktkrise 2008/2009 durchgesetzte Grundsatz, Banken nie wieder in einer Größe zulassen, deren Rettung am Ende doch wieder mit Steuergeldern gerettet wird, zum Problem. Nicht mehr „too big to fail“, sondern jetzt gilt „too big to save“. Eine Rettung wäre durch den Staat nicht mehr finanzierbar und damit der Zusammenbruch des Bankenkolosses mit verheerenden Wirkungen auf die weltweiten Finanzmärkte, aber auch die gesamte Wirtschaft zu erwarten. Auf dem Weg, die Banken auf ihre dienenden Funktionen zu konzentrieren und diese durch den Abbau der Systemrelevanz beherrschbar zu machen, ist die aus der Not geschaffene USB-Fusion ein schwerer Rückschlag.⁵

⁵ Stellungnahme von Gerhard Schick, Zusammenschluss von UBS und Credit Suisse verschärft Too-Big-To-Fail-Problem; in: Finanzwende e.V. vom 20.02.2023 (<https://www.finanzwende.de/presse/zusammenschluss-von-ubs-und-credit-suisse-verschaerft-too-big-to-fail-problem/>)

Confidence matters - Vertrauen zurückgewinnen

Die jüngste Krise zweier sehr unterschiedlicher Banken belegt die geradezu hysterische Anfälligkeit des heutigen Bankensystems innerhalb der Finanzmärkte. Wegen der Dominanz eines tiefen Misstrauens gegenüber dem Bankensystem lösen selbst nur vermutete kleinste, aber gepushte Störmeldungen Turbulenzen aus. Nochmals, neu ist, dass durch die digitale Verbreitung auch von vielfach substanzlosen Gerüchten über die Messengerdienste die Ansteckungsgefahr verstärkt wird. Kaum noch rational steuerbares Herdenverhalten dominiert. Die Ursachen für die SVB und Credit Suisse-Krise zeigen verallgemeinerbare Systemeigenschaften: Diese Krisenanfälligkeit ist nicht die Ausnahme. Einem Vulkan mit brodelndem Magma vergleichbar gehören die Eruptionen auf den Finanzmärkten zur Normalität. Umso mehr gilt: „Confidence matters“, das heißt, die wichtigste Ressource ist das Vertrauen. Dabei lehrt uns vor allem die Krise der Silicon Valley Bank, dass auch die Geldpolitik mit ihrer Zinswende zur Inflationsbekämpfung zusätzlich die Stabilität der Banken bedroht. Durch den sinkenden Kurswert bei den derzeit gehaltenen Staatsanleihen infolge der steigenden Leitzinsen müssen die Banken, die gegenüber den Einlagen statt der Kreditgeschäfte diese Wertpapiere umfangreich gekauft haben, Kurverluste hinnehmen. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) muss begreifen: Neben der Belastung durch steigende Zinsen bei der von Krediten abhängigen Wirtschaft führt die geldpolitische Zinswende auch bei Banken, die sich durch den Verkauf von Staatsanleihen Liquidität besorgen müssen, zu Verlusten.

Zur Sicherung des Vertrauens in das Bankensystem, in dem die Schattenbanken, die ohne kontrollierte Regulierung Bankgeschäfte betreiben, nichts zu suchen haben, dienen insgesamt marktordnende Regulierungen der Stabilisierung der ansonsten kollabierenden Finanzmärkte: höhere Deckung der Geschäftsrisiken mit Eigenkapital, Anhebung der maximal zulässigen Verschuldung der Banken (Schuldenbremse) sowie die Trennung zwischen den normal-dienenden Kundengeschäften gegenüber dem spekulativen Investmentbanking mit dubiosen Finanzmarktprodukten. Die beiden jüngsten Banken Krisen mit Sprengkraft für die Finanzmärkte bestätigen: Paul Krugman hat mehr denn je recht mit seinem im April 2009 formulierten Imperativ: „Making Banking Boring“ – „Macht Banken langweilig“ - dafür jedoch stabil-attraktiv.